

Nora Feline Pösl  
Karim Fereidooni

# Existierst du nur oder partizipierst du schon?

Demokratie- und Partizipationseinstellungen von  
geflüchteten und nicht-geflüchteten Schüler\*innen mit  
und ohne Migrationshintergrund an Berufskollegs



**WOCHEN  
SCHAU**  
WISSENSCHAFT

Nora Feline Pösl, Karim Fereidooni

# Existierst du nur oder partizipierst du schon?

Demokratie- und Partizipationseinstellungen von  
geflüchteten und nicht-geflüchteten Schüler\*innen mit  
und ohne Migrationshintergrund an Berufskollegs



**WOCHEN  
SCHAU  
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum  
finanziert durch die Stiftung Mercator

RUHR  
UNIVERSITÄT  
BOCHUM

RUB

STIFTUNG  
MERCATOR



Die Datei mit dem Datenmaterial zum Buch können Sie hier herunterladen:

<https://www.wochenschau-verlag.de/ean/9783734416095>

Bitte wählen Sie dort den Reiter „Downloads“ an.

Das Passwort zum Öffnen der Datei lautet: **NPkf1940**

© WOCHENSCHAU Verlag,  
Dr. Kurt Debus GmbH  
Frankfurt/M. 2024

[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag  
ISBN 978-3-7344-1609-5 (Buch)  
E-Book ISBN 978-3-7566-1609-1 (PDF)  
DOI <https://doi.org/10.46499/1940>

*Für Alan Kurdi*  
*(2012–2015)*

# Inhalt

<b>Das Wichtigste zu Beginn</b> .....	<b>10</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>27</b>
<b>2. Projekthintergründe</b> .....	<b>29</b>
2.1 Ziele und Forschungsfragen .....	29
2.2 Hypothesenmodell: Mögliche Einflussfaktoren .....	30
<b>3. Theoretische Grundlagen</b> .....	<b>31</b>
3.1 Demokratieeinstellungen .....	31
3.2 Politische Partizipation .....	34
3.3 Menschengemachte Ungleichheitsstrukturen .....	39
3.3.1 Rassismus .....	39
3.3.2 Sexismus .....	41
3.3.3 Heteronormativität/Heterosexismus .....	41
3.3.4 Ableism .....	42
3.3.5 Klassismus .....	42
3.4 Intersektionalität .....	43
<b>4. Forschungsstand und Desiderate</b> .....	<b>45</b>
4.1 Demokratie- und Partizipationseinstellungen von Jugendlichen in Deutschland .....	45
4.2 Bildungsforschung und politische Bildung an Berufskollegs .....	47

<b>5. Befragungsdesign und Methodik</b> .....	<b>49</b>
5.1 Fragebogenerstellung und Operationalisierung der Variablen.....	49
5.1.1 Aufbau des Fragebogens .....	49
5.1.2 Operationalisierung der Variablen Migrationshintergrund und Flucht .....	50
5.2 Skalenkonstruktion und statistische Einordnung .....	51
5.3 Auswahlgesamtheit und Stichprobenziehung.....	54
5.4 Durchführung der Befragung .....	56
5.5 Deskriptive statistische Auswertungen und Signifikanztests auf Mittelwertunterschiede.....	57
<b>6. Deskriptive Ergebnisse</b> .....	<b>60</b>
6.1 Soziodemographischer Hintergrund.....	60
6.1.1 Altersverteilung .....	61
6.1.2 Geschlecht .....	62
6.1.3 Höchster bisheriger schulischer Abschluss .....	63
6.1.4 Angestrebter Schulabschluss .....	65
6.1.5 Erwerbstätigkeit .....	66
6.1.6 Religionszugehörigkeit .....	68
6.1.7 Staatsbürgerschaft .....	69
6.1.8 Migrations- und Fluchtgeschichte .....	69
6.1.9 Geburtsländer .....	70
6.2 Demokratieeinstellungen und -erwartungen.....	71
6.2.1 Mehrheitswille & politische Kompromissbereitschaft.....	71
6.2.2 Meinungspluralismus.....	75
6.2.3 Mediennutzung.....	79

6.2.4	Bürger*innenbeteiligung . . . . .	80
6.2.5	Rechtsstaatlichkeit I: Einstellung zu sozialer Benachteiligung . . . . .	84
6.2.6	Rechtsstaatlichkeit II: Einstellung zur rechtlichen Gleichstellung . . . . .	87
6.2.7	Minderheitenschutz I: Erwartung . . . . .	90
6.2.8	Minderheitenschutz II: Realität . . . . .	93
6.2.9	Einstellung zur Verfassung . . . . .	97
6.2.10	Verhältnis von Religion und Staat . . . . .	100
6.2.11	Staatliche Kontrolle, Justiz und Strafvollzug (Einstellung zur politischen Ordnung) . . . . .	105
6.3	Politisches Interesse, politische Teilhabe und politische Selbstwirksamkeit . . . . .	109
6.3.1	Interesse an politischen Themenfeldern . . . . .	109
6.3.2	Politische Themenprioritäten . . . . .	111
6.3.3	Politisches und soziales Engagement . . . . .	115
6.3.4	Politische Selbstwirksamkeit . . . . .	117
6.3.5	Gruppenbezogene Stärkung der politischen Beteiligung . . . . .	121
6.3.6	Partizipationshürden . . . . .	122
6.4	Diskriminierungserfahrungen . . . . .	126
6.4.1	Diskriminierung aufgrund von Rassismus . . . . .	126
6.4.2	Diskriminierung aufgrund von religiöser Zugehörigkeit . . . . .	132
6.4.3	Diskriminierung aufgrund des Geschlechts . . . . .	135
6.4.4	Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung . . . . .	138
6.4.5	Diskriminierung aufgrund von Klassismus . . . . .	141
6.4.6	Diskriminierung aufgrund einer Behinderung bzw. Beeinträchtigung . . . . .	144

6.5	Einschätzung der Schüler*innen über das Demokratieverständnis der Lehrkräfte und die didaktische Vermittlung von politischer Bildung. . . . .	148
6.5.1	Vermittlung von politischen Prozessen, Demokratieeinstellungen und politischen Partizipationsmöglichkeiten . . . . .	148
6.5.2	Unterstützungsangebote an der Schule . . . . .	154
6.5.3	Wahrgenommene Unterstützung an der Schule . . . . .	156
6.5.4	Schulpolitik und politische Beteiligung. . . . .	159
6.5.5	Politische Einflussnahme der Lehrkräfte. . . . .	161
6.5.6	Angenommene Vorurteile der Lehrkräfte gegenüber den Schüler*innen . . . . .	164
<b>7.</b>	<b>Zusammenhangs- und Hypothesenprüfung . . . . .</b>	<b>169</b>
7.1	Methodik der Korrelationsanalysen . . . . .	169
7.2	Methodik der Regressionsanalysen . . . . .	170
7.2.1	Lineare Regressionsmodelle . . . . .	170
7.2.2	Logistische Regressionsmodelle (Logit-Modell). . . . .	171
<b>8.</b>	<b>Ergebnisse der Zusammenhangsanalysen . . . . .</b>	<b>174</b>
8.1	Ergebnisse der Korrelationsanalysen. . . . .	174
8.2	Ergebnisse der Regressionsanalysen . . . . .	175
8.2.1	Einstellung zur Verfassung als abhängige Variable (logistische Modellierung) . . . . .	175
8.2.2	Politisches Engagement als abhängige Variable (logistische Modellierung) . . . . .	177
8.2.3	Politische Selbstwirksamkeit als abhängige Variable (logistische Modellierung) . . . . .	178
8.3	Faktorenanalyse Partizipationshürden. . . . .	180
8.4	Aus Faktoranalyse abgeleitete Regressionsanalysen . . . . .	182



<b>9.</b>	<b>Ergebniszusammenfassung und theoretische Einordnung</b>	<b>186</b>
9.1	Ergebniszusammenfassung der Varianzanalysen auf Gruppenunterschiede	186
9.1.1	Unterschiede zwischen den Gruppen bezüglich der Demokratie- und Partizipationseinstellungen	186
9.1.2	Gruppenunterschiede bezüglich Diskriminierungserfahrungen	189
9.1.3	Gruppenvergleiche zur Einschätzung der Schüler*innen	190
9.2	Ergebniszusammenfassung der Zusammenhangsanalysen	190
9.2.1	Einflussfaktoren auf die Variable Zustimmung zur Verfassung	190
9.2.2	Einflussfaktoren auf das politische Engagement	191
9.2.3	Einflussfaktoren auf die Variable Politische Selbstwirksamkeit	192
9.2.4	Grafische Darstellung der Zusammenhänge	193
9.3	Limitationen des Forschungsansatzes und Verbesserungsoptionen	194
<b>10.</b>	<b>Implikationen für den Politikunterricht</b>	<b>195</b>
<b>11.</b>	<b>Fazit</b>	<b>198</b>
	<b>Literatur</b>	<b>202</b>

*Der Pass ist der edelste Teil  
von einem Menschen.  
Er kommt auch nicht  
auf so eine einfache Weise zustande  
wie ein Mensch.  
Ein Mensch kann überall  
zustande kommen,  
auf die leichtsinnigste Art  
und ohne gescheiterten Grund,  
aber ein Pass niemals.  
Dafür wird er auch anerkannt,  
wenn er gut ist,  
während ein Mensch  
noch so gut sein kann  
und doch nicht anerkannt wird.*

Bertolt Brecht  
(Flüchtlingsgespräche 1940/41)

# Das Wichtigste zu Beginn

## Beantwortung der Forschungsfragen

1. *Welche Einstellungen von und mit Demokratie und Partizipation besitzen geflüchtete bzw. nicht-geflüchtete Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund?*
  - Insgesamt haben die Schüler\*innen recht positive Einstellungen gegenüber der Demokratie. Sie sind überwiegend für Meinungspluralismus, finden Parteienvielfalt und Meinungsvielfalten innerhalb von Parteien wichtig und sind mehrheitlich der Meinung, dass verschiedene Positionen in den öffentlich-rechtlichen Medien berücksichtigt werden sollten.
  - Allerdings fühlen sich rund die Hälfte aller Befragten nicht ausreichend in politische Entscheidungen miteinbezogen und wünschen sich mehr Einfluss auf politische Entscheidungen. Sie sind zum überwiegenden Anteil der Ansicht, dass die Parteien sich stärker an der Meinung der Bürger\*innen orientieren sollte.
  - Der weit überwiegende Anteil der Schüler\*innen ist der Meinung, dass niemand wegen seiner Herkunft, Religion, seines Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder aufgrund von Behinderung benachteiligt werden sollte und dass rechtliche Gleichstellung unabhängig dieser Aspekte gegeben sein sollte.
  - Der überwiegende Anteil der Befragten ist daher auch der Meinung, dass es Minderheitenschutz geben sollte, allerdings zeigt sich bei einem nicht unerheblichen Anteil der Schüler\*innen eine Enttäuschung, was die tatsächliche Umsetzung des Minderheitenschutzes angeht.
  - Der überwiegende Anteil der Schüler\*innen hat eine positive Einstellung zur Verfassung und dem Grundgesetz.
  - Was das Verhältnis von Religion und Staat angeht, so gibt knapp über die Hälfte der Befragten an, dass die Befolgung der Religion wichtiger sei als die Gesetze des Staates. Der überwiegende Anteil der Befragten ist der Ansicht, dass der Staat sich nicht in die Religion der Bürger\*innen einmischen sollte und dass die Politik unabhängig von religiösen Ansichten sein sollte.
  - Der überwiegende Anteil der Schüler\*innen ist der Meinung, dass alle Menschen Demonstrationsfreiheit haben sollten. Dennoch zeigen deutlich über die Hälfte der Befragten ein autoritatives Verständnis

von staatlicher Kontrolle, Überwachung, Justiz und Strafvollzug. Fast die Hälfte der Befragten ist für die Todesstrafe in besonders schweren Fällen von Verbrechen.

- Was das Interesse an politischen Themengebieten angeht, so liegt das Interesse am stärksten bei Gesetzen, den Auswirkungen politischer Entscheidungen und aktuellen politischen Diskussionen.
  - Die wichtigsten Themenprioritäten in der Politik sind Bildung, Gesundheitsversorgung, die Sicherung internationalen Friedens, Arbeitsplatzsicherheit, Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung sowie Klima- und Umweltschutz.
  - Die meisten Schüler\*innen haben sich bisher noch nicht politisch oder sozial engagiert; am häufigsten sind die Schüler\*innen in Vereinen tätig oder in einer Schüler\*innenvertretung aktiv. Rund 1/5 haben bereits eine Onlinepetition unterschrieben oder ein Ehrenamt ausgeübt.
  - Was die politische Selbstwirksamkeit angeht, haben rund 40% der Befragten nicht den Eindruck, dass sich jeder\*r gleichermaßen politisch beteiligen kann. Ein großer Anteil der Schüler\*innen hat nicht das Gefühl, dass ihre Stimme politisches Gehör findet oder dass ihre Stimme in der deutschen Politik wichtig ist und etwas ändern kann. Knapp 1/5 hatte jedoch schon einmal das Gefühl, dass ihre eigene politische Beteiligung zu einer konkreten politischen Veränderung geführt hat.
  - Was Partizipationshürden angeht, so konnten drei Faktoren herausgearbeitet werden: erstens mangelndes politisches Interesse und andere Verpflichtungen, zweitens schlechte Erfahrungen in politischen Gruppen, die Angst vor Ablehnung in solchen Gruppen bzw. die fehlende Option und als dritter Faktor fehlende gesellschaftliche bzw. politische Einflussmöglichkeiten und mangelnde Anerkennung sowie politische Frustration
2. *Unterscheiden sich die Demokratie- und Partizipationseinstellungen geflüchteter Schüler\*innen von denjenigen der nicht-geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund in der vorberuflichen Bildung in Berufskollegs im Ruhrgebiet?*
- Geflüchteten Schüler\*innen kann nicht per se Demokratiefeindlichkeit vorgeworfen werden, in vielen Bereichen gibt es keine signifikanten Gruppenunterschiede bzgl. der Demokratieeinstellungen. Die Demokratie- und Partizipationseinstellungen geflüchteter Schüler\*innen unterscheiden sich von denjenigen der nicht-geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund in vielen Punkten nicht voneinander.

- Geflüchtete Schüler\*innen besitzen eine stark positive Einstellung gegenüber der Demokratie und dem Grundgesetz und sie haben häufig eine optimistischere Einschätzung über die Situation der politischen Beteiligung und bezüglich des Schutzes vor sozialer Benachteiligung, als Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund, die nicht geflüchtet sind.
  - Geflüchtete Schüler\*innen sind deutlich stärker als die anderen beiden Gruppen an politischen Themen interessiert und fühlen sich besser durch ihre Lehrkräfte unterstützt, sowohl bei persönlichen Problemen als auch hinsichtlich der politischen Beteiligung.
  - Geflüchtete Schüler\*innen haben jedoch gleichzeitig signifikant häufiger als die beiden anderen Gruppen den Eindruck, dass Lehrkräfte ihnen ein geringeres Demokratieverständnis zuschreiben. Die Anfangshypothese, dass geflüchteten Schüler\*innen ein geringeres Demokratieverständnis zugeschrieben wird, lässt sich somit bestätigen.
  - Unterschiede zwischen geflüchteten und nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund finden sich zudem bezüglich der Einstellung gegenüber der rechtlichen und sozialen Gleichstellung von homosexuellen Paaren. Geflüchtete Schüler\*innen sind häufiger latent homophob eingestellt im Vergleich zu den anderen beiden Gruppen. LGBTIQ\*- und Geschlechtergleichstellung sollten stärker thematisiert werden, um Vorurteile durch erlernte diskriminierende Einstellungen abzubauen
3. *Welche Bedarfe und Anknüpfungspunkte sowie Chancen und Grenzen bieten diese Einstellungen für den schulischen Politikunterricht am Berufskolleg?*
- Personen, die rassistische oder sexistische Diskriminierungserfahrungen machen, engagieren sich häufiger politisch. Jedoch besitzen sie eine weniger positive Einstellung gegenüber der Verfassung und dem gesellschaftlichen Minderheitenschutz. Hier sollten Schulen ansetzen und durch Fortbildungen der Lehrkräfte dazu beitragen, dass zumindest innerhalb der Schule keine Diskriminierung durch die Lehrkräfte stattfindet. Zudem sollten im schulischen Politikunterricht Diskriminierung und gesellschaftlicher Minderheitenschutz diskutiert werden und Maßnahmen zur Stärkung von Diskriminierung betroffenen Personen implementiert werden.
  - Der wichtigste Faktor für politisches Engagement ist die politische Selbstwirksamkeitserfahrung. Diesbezüglich kann der schulische Politik-

unterricht ansetzen. Um Selbstwirksamkeitserfahrungen zu stärken, können beispielsweise zu Themen, die den Schüler\*innen wichtig sind, gezielt politische Aktivitäten (wie Unterschriftensammlungen, Aktionstage o.ä.) im Unterricht durchgeführt werden.

- Durch die Regressionsanalysen zeigte sich, dass eine gute Unterstützung an der Schule bzgl. politischer Beteiligung das politische Selbstwirksamkeitsgefühl signifikant steigern kann. Auch die Stärkung des politischen Interesses erhöht die Chance auf ein hohes politisches Selbstwirksamkeitsgefühl. Daher sollte der schulische Politikunterricht versuchen, das politische Interesse durch die Thematisierung der politischen Themengebiete, die den Schüler\*innen besonders wichtig sind, zu stärken.

## Ergebniszusammenfassung

*Teilnehmer\*innen:* 434 Schüler\*innen an sechs verschiedenen Berufskollegs (in 5 Städten im Ruhrgebiet) in über 40 verschiedenen Klassen wurden mithilfe eines Fragebogens befragt.

- *Untersuchungsgruppen:* Es wurden drei Untersuchungsgruppen in diese Studie einbezogen:
  - a. 110 Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund und Fluchterfahrungen
  - b. 235 Schüler\*innen mit internationaler Familiengeschichte, aber ohne Fluchterfahrungen und
  - c. 89 geflüchtete Schüler\*innen.
- *Geburtsländer:* Syrien ist das häufigste ausländische Geburtsland, gefolgt von Irak, Spanien und Rumänien.
- *Altersverteilung:* Die Befragten sind zwischen 14 und 28 Jahre alt. Der Mittelwert liegt bei 17.39 Jahren
- *Geschlechterverteilung:* 45.97% der Befragten (194 Personen) sind weiblich, 53.55% (226) männlich. Zwei Personen haben ‚eigene Angabe‘ gewählt. Eine Person ist nonbinary, der andere Befragte ist trans Mann (Selbstangaben). Die Geschlechterverhältnisse zwischen den Gruppen der Schüler\*innen mit oder ohne Migrationshintergrund und den geflüchteten Schüler\*innen sind ähnlich.
- *Religionszugehörigkeit:* 47.3% der Befragten sind muslimisch, 34.6% christlich. Die geflüchteten Schüler\*innen sind zum überwiegenden Anteil (71.3%) muslimischen Glaubens, 17.2% sind jesidisch. Die Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund sind zu 60% christlich und zu 20.75% gehören

sie keiner Religion an. Von den Personen mit Migrationshintergrund sind über die Hälfte muslimischen Glaubens, 34% christlich und 5.6% gehören keiner Religion an.

- *Mehrheitswille & politische Kompromissbereitschaft:* Die nicht-geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich kaum hinsichtlich der Einstellungen zum politischen Mehrheitswillen und der politischen Kompromissbereitschaft. Die geflüchteten Schüler\*innen stimmen etwas weniger häufig als die nicht-geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund zu, dass die Regierung bei wichtigen Entscheidungen immer das tun sollte, was die Mehrheit der Bürger\*innen möchte. Geflüchtete Schüler\*innen stimmen zudem weniger häufig als die beiden anderen Gruppen zu, dass die Regierung bei wichtigen Entscheidungen Kompromisse eingehen sollte. Was die Berücksichtigung von Minderheiten angeht, so sind sich die Gruppen zu je rund 70% einig, dass Minderheitenmeinungen berücksichtigt werden sollten. Insgesamt zeigen sich keine signifikanten Gruppenunterschiede bezüglich der Gesamtvariable *Mehrheitswille & politische Kompromissbereitschaft*.

*Meinungspluralismus:* Die weit überwiegende Mehrheit (rund 90% in allen Gruppen) der Befragten hält es für gut, dass es verschiedene Meinungen in der Gesellschaft gibt. Bei der Frage, ob die Parteien unterschiedliche politische Haltungen und Meinungen haben sollten, stimmen von den Personen ohne Migrationshintergrund mehr Personen zu als bei den nicht-geflüchteten Befragten mit Migrationshintergrund, sowie den geflüchteten Personen. Von den geflüchteten Schüler\*innen halten es weniger Personen als in den anderen beiden Gruppen für wichtig, dass in den öffentlich-rechtlichen Medien verschiedene Meinungen berücksichtigt werden – dennoch ist es in allen Gruppen der deutlich überwiegende Anteil. Insgesamt zeigen sich keine signifikanten Gruppenunterschiede bezüglich der Gesamtvariable *Meinungspluralismus*.

- *Mediennutzung:* Das am meisten genutzte Medium der Schüler\*innen, um sich über Nachrichten zu informieren, ist die Social-Media-Plattform *Instagram*.
- *Bürger\*innenbeteiligung:* Von den geflüchteten Schüler\*innen sind deutlich über die Hälfte der Personen der Meinung, dass die Politik die Bürger\*innen in ausreichendem Maße in politische Entscheidungen einbezieht, während es bei den nicht-geflüchteten Personen mit und ohne Migrationshintergrund rund die Hälfte ist. Bei der Frage, ob die Bürger\*innen mehr Einfluss

auf die politischen Entscheidungen haben sollten, stimmen die Personen ohne Migrationshintergrund etwas häufiger zu als die nicht-geflüchteten Befragten mit Migrationshintergrund und die geflüchteten Befragten. Insgesamt zeigen sich keine signifikanten Gruppenunterschiede bezüglich der Variable *Bürger\*innenbeteiligung*.

- *Einstellung zu sozialer Benachteiligung*: Bei den meisten Formen sozialer Benachteiligung unterscheiden sich die Gruppen nicht voneinander. Im Bereich der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen: Die geflüchteten Befragten sind deutlich weniger häufig der Ansicht, dass niemand aufgrund der sexuellen Orientierung benachteiligt werden sollte. Bei dieser Schüler\*innengruppe ist die Queerfeindlichkeit ausgeprägter als bei den beiden Gruppen der nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund.
- *Einstellung zur rechtlichen Gleichstellung*: Die geflüchteten Schüler\*innen stimmen häufiger als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund eher nicht bis gar nicht zu, dass alle Menschen die gleichen Rechte unabhängig von Herkunft, Religion oder Geschlecht haben sollten.
- *Minderheitenschutz (Erwartung)*: Die geflüchteten Befragten stimmen weniger häufig der Aussage zu, dass alle Menschen unabhängig ihres Geschlechts die gleichen gesellschaftlichen Möglichkeiten haben sollten und sie sind weniger häufig als die beiden anderen nicht geflüchteten Gruppen dafür, dass alle Menschen bestimmen dürfen sollten, welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen. Auch sind sie deutlich weniger häufig als die nicht geflüchteten Schüler\*innengruppen der Ansicht, dass alle Menschen das Recht haben sollten, ihre Sexualität konsensuell frei unter Erwachsenen auszuleben. Diese Haltung zeigt sich zudem im Besonderen bei der Frage nach der rechtlichen Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren. Die Gruppenunterschiede sind bezogen auf die Gesamtvariable statistisch signifikant.<sup>1</sup> Was die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung angeht, zeigen sich keine großen Unterschiede zwischen geflüchteten und nicht geflüchteten Befragten.

---

1 Signifikanz bedeutet, dass ein gemessener Zusammenhang in der Stichprobe wahrscheinlich nicht rein zufällig ist, sondern auch in der Grundgesamtheit auftritt. Der Effekt kann mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden (für eine ausführliche Erklärung siehe Kapitel 5.5).



- *Minderheitenschutz (Realität):* Die geflüchteten Schüler\*innen besitzen deutlich optimistischere Einschätzungen über die gesellschaftliche Realität des Minderheitenschutzes in Deutschland als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund. Geflüchtete Schüler\*innen gehen häufiger davon aus, dass Parteien die Meinung von Minderheiten berücksichtigen, auch wenn es der Mehrheit der Bürger\*innen nicht gefällt. Geflüchtete Schüler\*innen gehen häufiger davon aus, dass alle Menschen in Deutschland gleichberechtigt sind und nehmen häufiger an, dass alle Menschen in Deutschland die gleichen gesellschaftlichen Möglichkeiten unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit und Geschlecht haben, als die beiden nicht geflüchteten Gruppen. Die geflüchteten Befragten nehmen auch häufiger als die nicht geflüchteten Befragten mit und ohne Migrationshintergrund an, dass homosexuelle Paare rechtlich gleichgestellt seien und dass alle Menschen, unabhängig von Behinderung oder Beeinträchtigung, die gleichen Möglichkeiten in der Gesellschaft hätten. Die nicht geflüchteten Befragten mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich untereinander kaum voneinander.
- *Einstellung zum Grundgesetz:* Die geflüchteten Befragten haben im Vergleich zu den nicht geflüchteten Befragten mit und ohne Migrationshintergrund eine positivere Einstellung zur Verfassung: Sie geben häufiger als die beiden anderen Gruppen an, dass die Demokratie zwar Schwächen habe, aber das aktuell beste politische System sei. Sie halten mit überwiegender Mehrheit und häufiger als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund das Grundgesetz für sinnvoll und sind zu über 90% mit dessen Werten einverstanden. Diese Unterschiede sind bezogen auf die Gesamtvariable signifikant, während sich die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund nicht wesentlich voneinander unterscheiden.
- *Verhältnis von Religion und Staat:* Die Befragten ohne Migrationshintergrund stimmen deutlich seltener als die Personen mit Migrationshintergrund der Aussage zu, dass die Befolgung der Religion für sie wichtiger sei als die Gesetze des Staates. Das gleiche gilt für die geflüchteten Schüler\*innen. Die Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund sind allerdings auch deutlich seltener konfessionell gebunden als die beiden anderen Gruppen. Die geflüchteten Befragten geben häufiger an, dass es wichtiger sei, die Religion zu befolgen, als die Gesetze des Staates, im Vergleich zu Personen mit Migrationshintergrund. Für die nicht geflüchteten Befragten mit Migrationshintergrund ist dies jedoch ebenfalls für deutlich mehr als die Hälfte

wichtig. Alle Gruppen geben zum überwiegenden Anteil an, dass der Staat sich nicht in die Religion der Bürger\*innen einmischen sollte und dass die Politik unabhängig von religiösen Ansichten sein sollte. Der Unterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist signifikant.

*Staatliche Kontrolle, Justiz und Strafvollzug (Einstellung zur politischen Ordnung):* In dieser Variable zeigt sich, dass die Kontrolle der politischen Ordnung durch autoritative Mittel des Staates von vielen Schüler\*innen befürwortet wird. Zwar sind die Befragten mit überwiegender Mehrheit der Ansicht, dass es ein Demonstrationsrecht geben sollte, dennoch sind die Hälfte der Befragten für eine Kontrolle von Zeitungen und Fernsehen, um die staatliche Ordnung sicherzustellen. Die geflüchteten Befragten sind häufiger dafür als die beiden anderen Gruppen, wie auch bei der Frage nach der Überwachung privater Kommunikation. Dass kriminelle Handlungen hart bestraft werden sollten, finden alle Gruppen gleichermaßen wichtig. Ein härteres Durchgreifen der Justiz finden hingegen die Befragten ohne Migrationshintergrund häufiger wichtig, als die Befragten mit Migrationshintergrund und die geflüchteten Schüler\*innen – auch wenn in diesen beiden Gruppen ebenfalls eine Mehrheit dafür ist. Die Todesstrafe finden über 40 % der Befragten für besonders schwere Verbrechen sinnvoll. Die Gruppen unterscheiden sich hier nur geringfügig. Die Einschränkung von Bürger\*innenrechten zur Bekämpfung von Terrorismus finden die geflüchteten Schüler\*innen häufiger richtig, als die Befragten mit Migrationshintergrund, die wiederum häufiger zustimmen, als Personen ohne Migrationshintergrund. Der Unterschied zwischen geflüchteten Befragten und Personen ohne Migrationshintergrund ist bezogen auf die Gesamtvariable signifikant. Die Schüler\*innen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich nicht signifikant von den anderen beiden Gruppen.

- *Interesse an politischen Themenfeldern:* Geflüchtete Schüler\*innen interessieren sich häufiger als nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund für einzelne Politiker\*innen und deren Positionen, für politische Organe und die politischen Abläufe, für Gesetze, für die Positionen von Parteien und für Kommunalpolitik. Insgesamt zeigen geflüchtete Schüler\*innen ein signifikant höheres Interesse an politischen Themengebieten als die beiden nicht geflüchteten Schüler\*innengruppen. Die Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nicht signifikant voneinander.

- *Politische Themenprioritäten:* Die Gruppen unterscheiden sich bezogen auf die Gesamtvariable nicht signifikant voneinander, auch wenn es bei manchen Themenprioritäten gewisse Gruppenunterschiede gibt. So sind Bildung, Gesundheitsversorgung und die Sicherung internationalen Friedens für alle Gruppen gleichermaßen wichtig, während die Sicherung von Arbeitsplätzen für die geflüchteten Schüler\*innen etwas weniger wichtig ist als für diejenigen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Bekämpfung von Kriminalität halten die Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund für wichtiger als die Schüler\*innen mit Migrationshintergrund. Die geflüchteten Schüler\*innen weisen dem Thema eine geringere Bedeutung zu. Klima- und Umweltschutz ist für geflüchtete Personen und Personen ohne Migrationshintergrund gleich wichtig, während es für die Befragten mit Migrationshintergrund als etwas weniger wichtig betrachtet wird.
- *Politisches und soziales Engagement:* Von den Personen ohne Migrationshintergrund sind 13.7% noch nie, 77.5% einmal, 7.8% bereits einige Male und 1% häufig politisch oder sozial tätig gewesen. Bei den nicht-geflüchteten Personen mit Migrationshintergrund haben sich 16.8% noch nie, 70.1% einmal, 12.6% einige Male und 0.5% häufig politisch oder sozial engagiert. Von den geflüchteten Personen haben 25.3% sich noch nie, 57.3% einmal, 13.3% einige Male und 4% häufig engagiert. Die Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich des politischen Engagements nicht signifikant voneinander, auch wenn es in den verschiedenen Items Unterschiede in der Häufigkeit gibt.
- *Politische Selbstwirksamkeit:* Die geflüchteten Schüler\*innen haben ein höheres Selbstwirksamkeitsempfinden als die anderen beiden nicht geflüchteten Schüler\*innengruppen. Sie haben häufiger als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund den Eindruck, dass ihre Stimme politisch ernst genommen wird und sie haben fast doppelt so häufig das Gefühl, dass ihre politische Beteiligung zu einer konkreten politischen Veränderung geführt hat. Die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich kaum voneinander.
- *Gruppenbezogene Stärkung der politischen Beteiligung:* 50.9% der Befragten sind der Ansicht, dass wahlberechtigte Menschen stärker politisch beteiligt werden sollten. 38.5% sind für eine stärkere politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen/Beeinträchtigungen und 28.3% möchten, dass geflüchtete Menschen stärker politisch beteiligt werden sollten.
- *Partizipationshürden:* Die Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund haben geringfügig häufiger als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit Migrati-

onshintergrund und die geflüchteten Schüler\*innen Interesse, sich politisch zu beteiligen. Die geflüchteten Schüler\*innen stimmen weniger häufig als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund zu, dass ihre Freunde andere Hobbies haben, als sich mit Politik zu beschäftigen. Sie haben auch etwas weniger häufig Sorgen, dass sie in politischen Gruppen, Parteien oder Vereinen nicht ernstgenommen würden, obwohl sie bereits ungefähr ebenso häufig wie die Personen mit Migrationshintergrund schlechte Erfahrungen/Diskriminierungserfahrungen in politischen Gruppen oder bei ehrenamtlichen Arbeitsstellen gemacht haben. Zudem stimmen die geflüchteten Schüler\*innen deutlich häufiger als die Befragten ohne Migrationshintergrund zu, dass sie sich nicht an politischen Prozessen beteiligen würden, weil sie vom Großteil der Gesellschaft ohnehin nicht als gleichberechtigte\*r Bürger\*in wahrgenommen würden. Die Schüler\*innen mit Migrationshintergrund stimmen dem zwar weniger häufig als die geflüchteten Schüler\*innen zu, jedoch häufiger als die Personen ohne Migrationshintergrund. Die Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich der Partizipationshürden bezogen auf die Gesamtvariable jedoch nicht signifikant voneinander.

- *Diskriminierungserfahrungen*
  - *Rassismus*: Sowohl die nicht geflüchteten Befragten mit Migrationshintergrund als auch die geflüchteten Befragten werden in Deutschland rassistisch diskriminiert. Die geflüchteten Schüler\*innen werden häufiger wegen ihres Aufenthaltsstatus benachteiligt und haben häufiger Gewalt aufgrund ihrer zugeschriebenen oder faktischen Herkunft erfahren. Geflüchtete Schüler\*innen wurden auch etwas häufiger als nicht geflüchtete Schüler\*innen mit Migrationshintergrund wegen ihrer Hautfarbe beleidigt. Dass manche Leute wegen ihrer Herkunft Vorurteile über sie haben, bejahen nicht geflüchtete Schüler\*innen mit Migrationshintergrund etwas häufiger als die geflüchteten Schüler\*innen. Der Unterschied zwischen geflüchteten Schüler\*innen und Schüler\*innen mit Migrationshintergrund ist nicht signifikant.
  - *Konfession*: Geflüchtete Schüler\*innen sowie Schüler\*innen mit Migrationshintergrund werden signifikant häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert. Dies betrifft in besonderem Maße hinduistische Personen, doch auch muslimische, alevitische und jesidische Personen erleben Diskriminierung aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit.

- *Sexismus*: Die Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund geben häufiger als die beiden anderen Gruppen an, aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert zu werden. Bezüglich Diskriminierung aufgrund des Geschlechts unterscheiden sich die Gruppen nicht signifikant voneinander, jedoch zeigen sich Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Frauen werden signifikant häufiger sexistisch diskriminiert. Auch die Personen mit eigener Geschlechtsangabe (nichtbinär/trans) werden stark aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert.
- *Sexuelle Orientierung*: Die Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund geben häufiger als diejenigen mit Migrationshintergrund und mit Fluchterfahrungen an, dass sie in Deutschland aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert wurden.
- *Klassismus*: Geflüchtete Schüler\*innen werden häufiger wegen ihres geringen Einkommens schlechter behandelt und wegen ihres Bildungsstands benachteiligt als nicht geflüchtete Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund.
- *Behinderung bzw. Beeinträchtigung*: Die geflüchteten Schüler\*innen werden deutlich häufiger als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund aufgrund einer Behinderung oder Beeinträchtigung diskriminiert. Dieser Unterschied ist signifikant.
- *Unterstützung der Lehrkräfte*: Die geflüchteten Schüler\*innen schätzen die Vermittlung von politischen Prozessen und Demokratieeinstellungen durch die Lehrkräfte deutlich positiver ein als die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund. Geflüchtete Schüler\*innen fühlen sich besser unterstützt, sich politisch zu beteiligen, wünschen sich aber gleichzeitig noch mehr Gespräche in der Schule über Politik und möchten mehr schulische politische Beteiligungsmöglichkeiten haben. Der Unterschied zwischen geflüchteten Schüler\*innen und Schüler\*innen mit Migrationshintergrund ist statistisch signifikant.
- *Unterstützungsangebote an der Schule*: Klassenlehrer\*innen gelten als die wichtigsten Unterstützungspersonen, gefolgt von Sozialarbeiter\*innen und Vertrauenslehrer\*innen.
- *Wahrgenommene Unterstützung an der Schule*: Die nicht geflüchteten Schüler\*innen mit Migrationshintergrund schätzen die Unterstützung an der Schule weniger positiv ein als die nicht geflüchteten Befragten ohne Migrationshintergrund und die geflüchteten Schüler\*innen. Geflüchtete Schüler\*innen nehmen die Unterstützung an der Schule deutlich positiver wahr. Der Unterschied zwischen geflüchteten Personen und nicht geflüchte-